Nr. 62 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 5. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 89 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 61 mm breit M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Auskunft 50 z. H. Preisermäßigung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzeichnung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Handelsbeziehungen zu Rußland

Lloyd George hat mit klugem Blick erkannt, daß die Anbahnung von wirtschaftlichen Verhandlungen mit Sowjetrußland das beste Mittel ist, um aus dem russischen Abenteuer mit Anstand herauszukommen. Er hat sich nicht lange gesträubt, in die von Benin dargebotene Hand einzuschlagen, weil er persönlich der Ansicht ist, daß aus Rußland noch viel herauszuholen ist, weil ihm daran liegt, Polen von dem starken russischen Druck zu befreien und weil er Deutschland zuvorkommen möchte. Frankreich ist zu einem gewissen Teil andrer Meinung als die englische Regierung, denn man befürchtet hart, daß Rußland die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen nur benutzen will, um seinen nie aufgegebenen Plan einer Revolutionierung der Weltwirtschaftsordnung bequemer durchführen zu können. In Paris glaubt man zu erkennen, daß Rußland nicht in der Lage ist, viel auszuführen, daß man vielmehr damit rechnen muß, das Land stark zu beliefern. Man befürchtet ein schlechtes Geschäft bei der Geldentwertung.

Aber anderseits soll man nicht verkennen, daß der Standpunkt Lloyd Georges insofern viel für sich hat, als er mit einer Sicherheitsleistung durch Rußland für die Belieferung rechnet. Er denkt sich die Sache wahrscheinlich so, daß Rußland wichtige Objekte, wie Fabriken, Grundstücke, Wälder usw., als Tauschobjekt für die gelieferten Waren zur Verfügung stellt. Welcher Standpunkt der richtige ist, soll dahingestellt bleiben. Fest steht nur, daß auch die Westmächte wirtschaftlich mit der Sowjetmacht zu rechnen anfangen und versuchen, dem Lande auf die Beine zu helfen, um mit ihm Handel treiben zu können. Heute ist Rußland noch nicht darauf eingerichtet, denn es fehlt so ziemlich an allem. Das Transportwesen ist in einem traurigen Zustand. Es fehlt an Kohlen und Rohstoffen. Hier werden die Westmächte helfend eingreifen müssen, wogegen von einer nennenswerten Hilfe von Deutschland vorläufig nicht die Rede sein kann. Das ist ein gewaltiges Minus für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, denn nur derjenige Staat wird in Rußland wirtschaftlich festen Faß fassen können, der es vermag, durch Organisation und technische Unterstützung helfend einzugreifen.

Wenn nun auch Deutschland im Verhältnis zu den gewaltigen andern Mächten vorläufig nicht wesentlich mitsprechen kann, so ist doch zu begrüßen, daß man in Regierungskreisen nichts unversucht läßt, um auch für uns das Menschenmögliche herauszuholen. Manchen Heißspornen mag die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland nicht schnell genug gehen, und man verurteilt in diesen Kreisen, daß man erst jetzt daran gehen will, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu senden. Hier tut man aber der Regierung Unrecht, denn die unsicheren Verhältnisse, die unübersichtliche wirtschaftliche Lage erfordern erst eine gründliche Vorprüfung der Bedingungen, unter denen eine Aufnahme der Handelsbeziehungen möglich ist. Wenn wir, gemessen an den englischen Anstrengungsversuchen, vielleicht zu spät auf dem Plane erscheinen, so liegt das daran, daß sich England schon seit längerer Zeit durch seine Agenten insgeheim über die Verhältnisse in Rußland hat informieren lassen. Das hätten wir natürlich auch tun sollen, aber da dies nun einmal versäumt wurde, ist jetzt die Hauptsache, daß wir überhaupt ins Geschäft kommen, denn später ist doch immer noch besser als niemals.

•

Was wir zu erwarten haben

Bei den Verhandlungen mit Sowjetrußland ist die Frage von besonderer Wichtigkeit, ob Rußland überhaupt in der Lage ist, im Austausch gegen deutsche Industrieprodukte erhebliche Mengen von Nahrungsmitteln und für Deutschland erwünschte Rohstoffe zu liefern. Von manchen Seiten ist diese Tatsache ernstlich in Abrede gestellt und auf den Mangel der eigenen russischen Bevölkerung an diesen Dingen hingewiesen worden. Nun berichtet aber nach dem „Leipziger Tageblatt" ein deutscher Kaufmann, der noch im Januar in Sowjetrußland war, über das Vorhandensein exportfähiger Rohstoffe in Rußland folgendes: „Getreide ist in den ländlichen Bezirken der Wolga-Gouvernements, des Kama-Distrikts und auch Sibiriens wohl vorhanden, doch werden die Mengen nicht so groß sein, daß sie für den Weltmarkt eine Rolle spielen könnten. Hanf und Flachs sind in mehreren Gouvernements in sehr großen Mengen vorhanden und könnten einen Exportartikel bilden. Auch Schafwolle ist in Sibirien und in Turkestan in bedeutenden Mengen unverarbeitet vorhanden. Die Baumwollvorräte sind vor allem in Turkestan sehr bedeutend, trotzdem durch Brand und andern Schaden große Mengen Baumwolle vernichtet worden sind. Die Bestände der größten Baumwollager, die Herren Krafft, befinden sich augenblicklich in Berlin. Landwirtschaftliche Nebenprodukte sind in sehr hohen Mengen vorhanden. Die Bestände an Häuten in den Wolga-Gouvernements sind sehr bedeutend. Auch Haarborsten gibt es in großen Mengen." — Zu dem gleichen Ergebnis bezüglich des Vorhandenseins von Wolle in Rußland kommt übrigens das Londoner „Russo-British Chamber of Commerce Journal". Dieses Blatt fällt auf Grund seiner Beziehungen zu russischen Handelskreisen folgendes Urteil: „Zweifellos hat die Schafzucht in Rußland infolge des Bürgerkrieges gelitten und nach zuverlässiger Information sind nur fünf Prozent der Merino-Schafe in Südrußland geblieben und fünfundzwanzig Prozent der sogenannten „russischen Schafe", die kurze Wolle geben. Trotzdem sind die Wollvorräte in Südrußland beträchtlich, weil während des Krieges jede Wollausfuhr aus Rußland aufhörte und in den letzten zwei Jahren in Südrußland tatsächlich keine Wolle für Industriezwecke gebraucht wurde, da alle Tuchfabriken in der Gegend von Moskau konzentriert sind. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Sowjet-Regierung und den Tuchfabrikanten ist, daß die Regierung 100 000 Pud Merino-Wolle und 400 000 Pud Kurzwolle und Kamelhaare herausgibt hat."

Frankreich fürchtet!

Paris, 4. März. (Tig. Drahtbericht.) Nach einer Londoner Meldung schreibt Lloyd George eine Besserung der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Europa dadurch herbeiführen zu können, daß man mit Sowjetrußland wieder die Handelsbeziehungen aufnimmt. Der „Temps" beschreibt diese Aeußerung in einem Leitartikel und führt aus, Lloyd George scheine einzusehen, daß in Rußland genügend Material vorhanden sei, um die Bedürfnisse Europas zu befriedigen. In der Praxis jedoch habe man mit dem russischen Beispiel schlechte Erfahrungen gemacht, denn Rußland produzierte nicht, vielmehr seien die Bolschewisten an den offenen Grenzstellen stets nur als Käufer aufgetreten. Die einzige Möglichkeit, die russische Produktion in Fluß zu bringen, liegt in seiner Versorgung mit Werkzeugen und Technikern. Aber selbst dann würden die Bolschewisten keine Vorteile bringen, da sie darauf bedacht sein würden, bei einer erwachenden wirtschaftlichen Kraft die Wirtschaftsordnung der andern Länder umzustürzen. Wichtiger sei es, die Beziehungen zu Polen zu stärken und Sowjetrußland hierdurch in Schach zu halten. Die übrigen Pariser Blätter äußern sich ähnlich, insbesondere „Journal".

•

Unsre Stellung zu Rußland

Das Wolff-Bureau meldet: Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten ist nach eingehender Besprechung unsrer Verhältnisse zu Rußland zu folgendem Ergebnisse gelangt:

1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen.

2. Die Absicht wirtschaftlicher und finanzieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Die Offensive der Sowjettruppen

London, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine Funkenmeldung aus Moskau berichtet über einen großen Sieg der Sowjettruppen an der kaukasischen Nordfront. Danach soll ein Teil der Armee Denikins, insbesondere die Kuban-Division, vollständig aufgerieben, ein andrer Teil gefangengenommen worden sein. Die Rote Armee rückt schnell vor.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Sowjetregierung den Plan gefaßt habe, Ostkarelien zu besetzen. Die finnische Regierung trifft Verteidigungsmaßnahmen. Der Reichstag wird eine Entscheidung darüber fällen, ob man von der Defensive zur Offensive übergehen soll, wenn die Dinge sich in der bisherigen Weise weiter entwickeln.

Helsingfors, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) In Estland sind von Führern der bolschewistischen Bewegung 10 Milliarden Zarenrubel hinterlegt worden zur Unterstützung Sowjetrußlands in seinem Kampf gegen die Grenznachbarn.

Beitritt der Schweiz zum Völkerbund

Aus Bern wird gemeldet: Der Nationalrat genehmigte mit 111 gegen 55 Stimmen den Bundesbeschluß betr. den Beitritt der Schweiz zum Völkerbunde. Die Ameralklausel, die bestimmt, daß der Beitritt der Schweiz von dem Beitritt Amerikas zum Völkerbund abhängig gemacht werden solle, wurde fallen gelassen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und einige Bürgerliche.

•

Monroe-Lehre und Völkerbund

„Nieuwe Cour." meldet aus Washington: Der Senat nahm mit 55 gegen 25 Stimmen den Vorbehalt des Senators Lodge an, nach dem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden wollen, auf welche innere Fragen sich die Jurisdiktion des Völkerbundes erstrecken soll. Ueberwiegend hält man den Friedensvertrag dadurch gefährdet, da der Präsident erklärte, ihn in dieser Form nicht annehmen.

Genf, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet aus New-York: Im Senatsausschuß teilte Staatssekretär Colby mit, daß der Präsident die Vorbehalte Lodges zum Friedensvertrag nicht annehmen könnte und bei Aufrechterhaltung des Beschlusses den Friedensvertrag zurückziehen müsse.

Internationale Finanzoperationen

London, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Bank von Yokohama gewährte der chinesischen Regierung ein Darlehen von neun Millionen Yen gegen sechs Monate Hauptwechsel zum Kurse von 96. Diese Anleihe beträgt etwa ein Viertel von dem augenblicklichen Geldbedarf Chinas, genügt aber für die dringendsten Bedürfnisse. Japan bemüht sich um bedeutende Rechte in der Provinz Nonking, durch die Japan etwa zwei Drittel der Eisenvorkommen in China unter seine Kontrolle bekäme.

London, 4. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Washington soll Polen in Amerika eine Anleihe von 50 Millionen Dollar abgeschlossen haben.

•

Ein Wirtschafts-Manifest der Alliierten

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in London Pertinax berichtet in einem Telegramm, das wirtschaftliche Manifest, das die Alliierten veröffentlichen würden, werde in seinem Wortlaut festgestellt. Nach seiner Ansicht sei das Manifest in der Atmosphäre entstanden, die das Buch von Keynes über die Folgen des Vertrages von Versailles in den Satz zusammenfasse, die europäische Gefahr bestehe nicht darin, daß Deutschland stark sei, sondern sie bestehe darin, daß Deutschland ruiniert sei. Das Manifest beginne mit einem langen Vorwort, in dem die Notwendigkeit betont werde, Deutschlands und Rußlands wirtschaftliche Wiederherstellung sicherzustellen, indem man ihnen Rohmaterialien liefere. Pertinax glaubt, die Verfasser des Manifests hätten die möglichen politischen Konsequenzen einer derartigen Operation vergessen. Frankreich begreife, daß es nicht an der Seite eines Deutschland leben könne, das von Anarchie und Elend beherrscht werde, und daß es nur entschädigt werden könne durch die deutsche Arbeit. Aber Frankreich habe das Recht, zu verlangen, daß seine begründeten Forderungen aufrechterhalten werden, und wenn man den Wunsch äußere, das besiegte Deutschland wieder empor zu bringen, dann wäre Frankreich berechtigt, zu fordern, daß man die versprochenen Wiedergutmachungen sicherstelle. Pertinax meint, im sozialistischen Europa von 1920 dürfe das wirtschaftliche Manifest nicht einer Kapitulation vor dem Germanismus gleichkommen.

•

Eine Anleihe an Deutschland

Hamburg, 4. März. Dem „Hamb. Fremdenbl." wird aus Paris gemeldet: Das Abendblatt „La Presse" veröffentlicht eine Depesche, wonach der Oberste Rat der Alliierten beschlossen habe, Deutschland sofortige Hilfe zu kommen, daß ihm die Aufnahme einer Anleihe gestattet werde, die den Vorzug vor allen Kriegsentschädigungen haben soll, um ihm die Mittel zu liefern, seine Industrie wiederaufzubauen. Die englischen Delegierten, wie auch die übrigen Kollegen seien davon überzeugt, daß Europa gemeinsam leben oder gemeinsam sterben müsse, und daß infolgedessen Deutschland Hilfe gebracht werden müsse. Das sichtbare Ergebnis dieses Beschlusses werde sein, daß eine vollständige Revision des Friedensvertrages stattfinden wird. In diplomatischen Kreisen werde angenommen, daß diese Maßregel sich nicht gegen Amerika wende, es sei aber nicht zu leugnen, daß eine Anzahl Delegierter sich mit dem Gedanken trage, man müsse Europa von jeder Kontrolle der Amerikaner befreien. Die Redaktion dieses Beschlusses sei vom Obersten Rat der Alliierten beinahe fertiggestellt, und man rechne damit, daß sie Ende dieser Woche bekanntgegeben werden wird.

× Paris, 4. März. Der neuernannte englische Botschafter in Washington Sir Auckland Geddes erklärte dem Londoner Korrespondenten der „Chicago Tribune", England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland dabei zu helfen, sich wieder emporzuarbeiten. Es werde Deutschland eine Anleihe bewilligen, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen könne.

•

Die Unterernährung Deutschlands

„Daily Chronicle" schreibt im Hinblick auf die Wirtschaftsberatungen des Obersten Rates in London, der größte Teil des deutschen Volkes könne die benötigten Lebensmittel nicht in genügenden Mengen beschaffen. Ein Deutscher erhält weniger als die Hälfte der vom Obersten Wirtschaftsrat für ein Individuum berechneten normalen Nahrungskalorien. Das Blatt kommt zu dem Schlusse, daß das einzige Heilmittel eine gemeinsame Aktion zugunsten aller notleidenden Völker sei.

•

Eine interalliierte Finanzkommission

Bern, 4. März. Aus Paris wird gemeldet, daß die Finanzkommission der französischen Kammer eine Unterkommission ernannt hat, die die Ausführung der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages überwachen soll. Außer andern wurden Klotz und Loucheur ernannt. Diese Kommission soll sich mit den Unterkommissionen im Auswärtigen Amte in Verbindung setzen und tritt Ende dieser Woche zum ersten Male zusammen.

Vergeblicher Einschüchterungsversuch

Haag, 2. März. Es liegen hier Beweise vor, daß die französische Propaganda in Holland von Paris aus geleitet wird. Als vor kurzem der Aufruf des sozialistischen Deputierten Vaillant-Couturier in dem Blatte „Populaire", die französischen „Kriegsmissetäter" festzunageln, in die deutsche Presse gelangte, wurden in Paris neutrale (d. h. holländische und schweizerische) Zeitungsvertreter ersucht, gegen die „geschmacklosen Angriffe Vaillant-Couturiers" in ihren Blättern Stellung zu nehmen. So läßt sich auch der übereinstimmende Inhalt der über diesen Vorfall hierher gelangten Pariser Berichte erklären. Holländische Korrespondenten, die sich zum Sprachrohr der französischen Propaganda machen, äußern sich in folgendem Sinne:

„Die Beleidigungen des Sozialisten, gegen die französische Armee gerichtet, sind natürlich Wasser auf die deutsche Mühle. Die deutschen Pressestellen vergessen aber, daß sie durch Verbreitung solcher Meldungen, wie des Angriffs Vaillant-Couturiers, dem Deputierten selbst schaden, daß sie ihn vor seinen Landsleuten brandmarken, wie das auch mit Caillaux geschehen ist. Besser wäre es, wenn die deutsche Presse derartige Ausfälle gegen die französische Armee ebenso totschweigen würde, wie es die französischen Zeitungen im Falle Vaillant getan haben. Dazu kommt, daß man sich jetzt in Paris bemüht, über die Auslieferungsfrage Gras wachsen zu lassen. Es war also ein Taktfehler, daß die Veröffentlichung des „Populaire" von deutschen Blättern übernommen wurde."

Soweit die „inspirierten" Pariser Vertreter holländischer Organe, die als Zwischenträger benutzt werden. Der Hall zeigt deutlich, daß man es in Paris darauf abgesehen hat, die öffentliche Meinung Deutschlands gewissermaßen „offiziös" vom französischen Auswärtigen Amte aus zu beeinflussen. Unrichtig ist, daß man über die Auslieferungsfrage „Gras wolle wachsen lassen". Ganz im Gegenteil. Die „Greuelhetze" wird durch Veröffentlichungen immer noch wachgehalten, und es gehört zur Pariser Pressetaktik, „Kunstpausen" eintreten zu lassen, um dann noch fester loszuschlagen. Schließlich liegt in dem Propagandabericht der inspirierten holländischen Vertreter ein Versuch der Einschüchterung vor.

•

Die angebliche Fabrikation von Kriegsgerät

An Alarmnachrichten gewisser Pariser Blätter über die Fabrikation von Kriegsgerät aller Art in Deutschland wird von amtlicher deutscher Seite festgestellt: Die Heeresleitung hat an östlichen Instrumenten keine einzige Bestellung in Auftrag gegeben. Ebensowenig sind irgendwelche Bestellungen von Maschinengewehren gemacht worden. Scharfe Infanterie- und Artilleriemunition wird ebenfalls nicht geliefert. Ein vor früher noch laufender Vertrag auf Lieferung von Geschossen bei den Krupwerken wurde im Herbst 1919 zurückgezogen. Die Behauptungen dieser Blätter entbehren daher jeglicher Grundlage.

Drei Wochen oberschlesische Besatzung

Aus dem oberschlesischen Industriebezirk wird uns geschrieben:

Die Besetzung Oberschlesiens bis zur Volksabstimmung soll wenigstens sechs Monate, höchstens aber achtzehn Monate dauern. Es darf schon jetzt gesagt werden, daß der empfohlene Termin als der wahrscheinlichere angesehen werden muß. Denn der Zweck der Besetzung, die richtige Atmosphäre für die Abstimmung (natürlich im politischen Sinne) zu schaffen, ist in diesen drei Wochen seiner Verwirklichung keinesfalls näher gerückt worden. Keinesfalls verbürgt die Mehrheit der interalliierten Kommission die Innehaltung der von den Repräsentanten Frankreichs, Englands und Italiens aufgestellten Grundsätze, die am 11. Februar in Paris gedruckt worden sind und deren Hauptsatz fordert, „daß alle mit gleicher Aufmerksamkeit zum Lande und mit vollem Vertrauen zur interalliierten Regierung an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitwirken und Bedingungen schaffen helfen, die für eine friedliche und den tatsächlichen Zuständen entsprechende Aeußerung des Volkswillens notwendig sind". Zusallernächst ist die Stimmung in Oberschlesien nicht friedlich, sondern erbittert. Diese schlimme Stimmung herrscht in allen Ständen und Volkskreisen. War der Bauer früher erbittert, wenn ihm sein Vieh gewaltsam zu Preisen weggenommen wurde, die ihm keine Rechnung ließen, so ist er jetzt über die französischen Requisitionen ebensowenig erfreut. Und das Volk im Industriebezirk und in den Städten ruft den großen Lastautos, die das Vieh in die französischen Kasernen bringen, auch keine Segenswünsche nach. Die Gemüsehändlerfrau, die sich bereit erklärt hat, für eine Henne 30 M. zu bezahlen, empfindet es wenig freundlich, wenn ein Franzose sie mit 50 M. überbietet und dazu die stereotype Redewendung gebraucht, daß das „gar nicht teuer" sei. Wenn auch die Presse geknebelt ist und über französische Aufkäufe nichts dringen darf, so spricht sich's doch herum, wenn auf dem Markte ein ganzer Stand Strümpfe, in der Stadt ein ganzes Schuhwarenlager in französische Hand übergehen, wenn die Schiebergeschäfte der Besatzungstruppen einen derartigen Umfang annehmen, daß die Handelskammer sich hiergegen zur Wehr setzen muß. Kleine Geschenke, wie die Zustimmung zur Rückänderung des Ortsnamens Hindenburg in Zabrze, haben dagegen wenig zu bedeuten. So haben schließlich nur die Geschäftsleute an der Besatzung wenigstens eine vorübergehende Freude, die skrupellos jedes Geschäft mit den Fremden machen, und unter diesen wenigen befinden sich so gut wie gar keine Polen, da nur äußerst wenige Geschäfte sich in polnischer Hand befinden.

Die Schwierigkeiten, vor denen sich die Besatzung sieht, werden sich in den allernächsten Wochen ganz bedeutend verschärfen. Scharfe Lohnkämpfe stehen bevor. Die Besatzung wird keinen Hörfing stellen wollen noch können, um sie zu einem glücklichen Ende zu führen. Wie sie auch bei irgendwelchen Verwicklungen eingreifen möge, wird sie's verkehrt machen. Sie läßt jetzt zu, daß polnischer Terror die Mitglieder andrer Verbände in die polnischen Organisationen zwingt. Sie wird es also bei Verwicklungen mit polnischen Organisationen zu tun bekommen, die sich in ganz anderm Maße von der Masse werden treiben lassen müssen als die alten, taktisch erfahrenen Verbände. Sie wird also, um nicht unvermeidbare Fehler machen zu müssen, genötigt sein, die Dinge in der Hauptsache gehen zu lassen, wie sie eben gehen. So wenig, wie sie den Polen in der Frage der Sicherheitswehr zu Willen sein konnte, so wenig wird sie in wirtschaftliche Fragen mit rauher Hand eingreifen können, um z. B. die Kohlenfrage im Sinne der Wünsche zu regeln, wie sie aus dem alten Polen laut werden. Die polnische Industrie da drüben wird noch eine gehörige Weile warten müssen, ehe sie zur Nutznießerin der oberschlesischen Kohle wird, denn der oberschlesische Hüttenarbeiter könnte höchst ungemütlich werden, wenn die der Industrie ohnehin knapp genug zugemessene Kohle und sein Arbeitsverdienst noch mehr geschmälert werden sollten. Katastrophal aber droht die Kohlenfrage erst zu werden im Zusammenhang mit dem Schwierigkeiten, die sich aus dem beginnenden Erzmangel ergeben. Hier schreibt die angesehene Fachzeitschrift „Der Werkmeister" in Gleiwitz:

Einige oberschlesische Werke, die, wie die Vereinigte Königs- und Laurahütte, die Bismarckhütte u. a. m., besonders vorsorglich gearbeitet haben, sind zwar noch für längere Zeit, für ein halbes Jahr und darüber hinaus, mit Erzen versorgt. Bei der Mehrzahl macht sich indessen bereits ein empfindlicher Erzmangel bemerkbar und die kritische Zeit wird sich — ein sonderbares Spiel des Zufalls — gerade um die Zeit herum bemerkbar machen, in der, nach dem Friedensvertrag von Versailles, die erste Möglichkeit gegeben ist, über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden, Ende Juli, wenn die Besatzung ein halbes Jahr angedauert haben wird.

Die Erze, die in allmählich besorgnis erregendem Maße zu fehlen beginnen, sind in der Hauptsache schwedischer Herkunft. Die Schweden wünschen, um ihre Industrie aufrechterhalten zu können, oberschlesische Kohle, die ihnen aus den als bekannt vorauszusetzenden Gründen nicht in dem wünschenswerten Maße geliefert werden konnten. Darüber sind die schwedischen Lieferanten einigermaßen verschnupft. Leider ist eine genügende Steigerung der oberschlesischen Kohlenerzeugung in kurzer Frist wohl kaum zu erwarten. Die oberschlesische Hüttenindustrie ist hierdurch doppelt geschädigt. Einmal wird ihre Versorgung mit Erzen immer geringer, zum andern aber fehlt ihr die Kohle auch direkt, denn selbst dort, wo Erze noch reichlich vorhanden sind, fehlt der Mangel an Kohle eine den reichlichen Aufträgen entsprechende Verhüttung und Weiterverarbeitung nicht zu. Man bedenke, daß der Königs-Laura allein Aufträge für ¾ Milliarden vorliegen, daß die Bismarckhütte vor der unumgänglichen Erweiterung ihrer Betriebsanlagen steht, um die festliegenden und sich immer noch vermehrenden, vor allem auch nordischen Aufträge bewältigen zu können usw. Die Kardinalfrage bleibt auch hier, wie überall, die Kohlenfrage, die sich auf die einfache Formel bringen läßt: Oberschlesiens Gruben müssen mehr fördern, damit Oberschlesiens Hütten die ihnen reichlich vorliegenden Aufträge bewältigen und ihren Arbeitern ausreichend Arbeit und Verdienst gewähren können.

Die Besatzungsmacht steht diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten ohne jede Möglichkeit einer richtunggebenden oder maßgebenden Beeinflussung gegenüber. Von hier

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200305/1